

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Postämter und die Anzeiger des Erzgebirges entgegen. — Erscheint wöchentlich. Preis pro Stück 10 Pf. — Postamt No. 23.

Empfehlung der Reichsanzeiger des Erzgebirges für den Verkauf von Zeitungen und Anzeigen. — Postamt No. 23, Leipzig.

Telegramm: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aua. Postfach-Route: Amt Leipzig Nr. 1900

Nr. 8 Sonnabend, den 10. Januar 1925 20. Jahrgang

Die Kabinettsbildung abermals gescheitert.

Berlin, 8. Januar. Reichskanzler Marx ist heute bei seinen Verhandlungen über die Besetzung der einzelnen Portefeuilles in seinem Kabinett auf so erhebliche Schwierigkeiten gestoßen, daß er seine Bemühungen aufgegeben und in den Abendstunden noch beschloß, dem Reichspräsidenten mitzuteilen, daß er den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgeben muß.

Der Kanzler hat sich schon zum Reichspräsidenten begeben. Eine offizielle Mitteilung über den Verlauf liegt noch nicht vor, jedoch muß man damit rechnen, daß die Mission Marx gescheitert ist. Die Absicht des Kanzlers war es, die politischen Ministerien mit Parlamentariern, die Fachministerien mit Staatssekretären zu besetzen. Ausgenommen die völksparteilichen Minister Stresemann und Jarres sowie der demokratische Minister Hamm, der auf keinen Fall in der Regierung bleiben wollte, sollten als Mitglieder des zweiten Kabinetts Marx auch in das dritte mitübernommen werden. Finanzminister Luther und auch Ernährungsminister Ranitz haben aber erhebliche Schwierigkeiten gemacht und zuletzt abgelehnt. Entscheidendes Gewicht hatte die Ablehnung Luthers, auf dessen Mitarbeit in seinem

dritten Kabinett Reichskanzler Marx nicht verzichtet wollte. Auch einige der früheren Staatssekretäre haben es abgelehnt, als Minister in das Kabinett einzutreten. So war die Situation am Nachmittag völlig verändert. Während man vormittags noch geglaubt hatte, mit Sicherheit darauf rechnen zu können, daß am Abend die neue Regierung gebildet sein würde, zeigte sich wenige Stunden später, daß dafür keine Aussicht vorhanden sei.

Im Reichstag wird angenommen, daß der Reichspräsident nunmehr eine außerhalb des Parlaments stehende Persönlichkeit ersuchen wird, eine überparteiliche Regierung zu bilden. In erster Linie wird als Kanzlerkandidat der Reichsfinanzminister Luther genannt, der bereit zu sein scheint, sich dieser Aufgabe zu unterziehen.

Der Eindruck der deutschen Note.

London, 8. Jan. Zu der deutschen Antwort auf die Ententebotschaft über den „Daily Telegraph“ Stellung und lobt im großen und ganzen die vorsichtige Haltung Stresemanns. Die „Times“ wendet sich gegen die deutsche Antwortnote in einem ebenso langen wie widerprüchlichen Artikel. Sie verteidigt die fortwährende Besetzung Kölns, indem sie sagt, die Anklage gegen die deutschen Militärs sei ernst gemeint und der Prozeß über die eingereichte Klageschrift müsse mit aller Energie — auch zur „Ausführung“ Deutschlands — durchgeführt werden, um Deutschland zu zeigen, was es noch tun müsse, „um das vollständige Vertrauen der Welt zu ihm wiederherzustellen.“ Die „Times“ vergißt dabei, daß selbstverständlich vor jeder Verhandlung über diese noch gar nicht substantiierte „Anklageschrift“ das Urteil schon wirklich vollzogen ist. Das ist aber nicht der einzige Widerspruch des Timesartikels, der davon ausgeht, zu behaupten, daß Deutschland den Kern eines großen Heeres aufrecht erhält. In seinem weiteren Verlauf aber bemerkt, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus unfähig sein werde, die europäischen Großmächte anzugreifen, und der dann auf das abgedruckte Mittel zurückgreift, einen Teil des deutschen Volkes gegen das andere auszuspielen, und zum Schluß den Gedanken mit überraschender Schärfe zum Ausdruck bringt, daß die ungelöste Sicherheitsfrage die tiefere Ursache des Entente-Kommunismus bildet.

Die Antwort auf den deutschen Protest.
Berlin, 8. Jan. Wie aus zuverlässiger englischer Quelle bekannt wird, haben die Alliierten beschlossen, die deutsche Note frühestens in 10—14 Tagen auf beantworten, keineswegs aber vor dem Schluß der Pariser Konferenz.

Deutscher Reichstag.

3. Sitzung. — Donnerstag, den 8. Januar.
Berlin, 8. Jan. Die Regierungstische sind leer. Präsident Ebe eröffnet 3.20 Uhr die Sitzung und gibt das Ergebnis der Schriftführerwahlen bekannt. Er gibt weiter bekannt, daß von dem Abg. Kay (Rom.) aus Wien ein Telegramm eingetroffen sei, in dem er mitteilt, daß er in Wien verhaftet worden sei, als er „Inkognito“ durchreisen wollte. (Große Heiterkeit.) Durch das kaiserliche Amt ist festgestellt worden, daß Kay sich eines falschen Passes bedient hat, der aus der bekannten Passfabrik in Wien hervorgegangen ist. (Hört, hört!) Es ist von der Staatsanwaltschaft in Wien beschleunigte Erledigung des Verfahrens zugesichert worden.

Präsidenten, des Reichstages und der Abgeordneten als größtes Verbrechen der Ordnung betrachtet werde.
Das Haus vertagt sich auf Freitag, 9 Uhr nachm. Tagesordnung: Bericht des Geschäftsausschusses über den kommunistischen Antrag auf Entlassung der verhafteten kommunistischen Abgeordneten, Amnestieanträge, Antrag auf Konstituierung des Aufwertungsausschusses.

Sonnabend Regierungserklärung!

Der Vorkommnisse-Ausschuss des Reichstages hat die Dispositionen für die nächsten Tage getroffen. Heute werden die Geschäftsausschüsse über die Amnestieanträge beraten. Für die Sonnabendsitzung ist die Regierungserklärung in Aussicht genommen, weil erwartet wird, daß bis dahin die Bildung der Regierung vollzogen sein wird. Am Montag soll die Aussprache über die Regierungserklärung beginnen. Im übrigen einigte sich der Vorkommnisse-Ausschuss über die Wiedereinführung früherer Ausschüsse, wie des für die Kriegsschädigtenfrage, für die Aufwertungsfrage, für das besetzte Gebiet usw.

Haftentlassung von Abgeordneten.

Berlin, 8. Jan. Der Geschäftsausschuss des Reichstages begann heute die Beratung der Freilassungsentwürfe bezüglich der verhafteten kommunistischen Abgeordneten Heder, Höllein, Urban, Heißer und Rosenbaum. Der Ausschuss stimmte nach kurzer Debatte dem kommunistischen Antrag zu, daß Rosenbaum sofort aus der Haft zu entlassen sei, und daß das Gerichtsverfahren während der Sitzungsperiode des Reichstages eingestellt werden solle. Die Beratung über den Fall Höllein wurde bis morgen ausgesetzt.

Die Präsidentenwahl im Preussischen Landtag.

Das Preussische Abgeordnetenhaus wählte, wie aus Berlin berichtet wird, am Donnerstag das Präsidium. Als Präsident wurde in der Stichwahl der Abg. Bartels (Soa.) mit 201 Stimmen gewählt. Der deutschnationale Gegenkandidat Dr. v. Kries vereinigte 178 Stimmen auf sich. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Johann Dr. v. Kries (Dnat.), zum zweiten Vizepräsidenten der Abg. Dr. Borich und zum dritten Vizepräsidenten Abg. Garnich (D. Sp.) gewählt.

Dr. Jarres Abschied.

Berlin, 8. Januar. Der bisherige Reichsinnenminister Dr. Jarres hat sich in der heutigen öffentlichen Vollziehung des Reichsrates von diesem verabschiedet. Er wird in seine frühere Amtstätigkeit als Oberbürgermeister von Duisburg zurückkehren.

Die Beamten an den neuen Reichstag.

Die Beamtenorganisationen mit Ausnahme des Reichsbundes der höheren Beamten haben nach eingehenden Beratungen über die Beamtenbesoldungsbeschlüsse an sämtliche Fraktionen des Reichstages eine Eingabe gerichtet, worin auf die Unhaltbarkeit der letzten Gehaltsregelung hingewiesen wird. Am Schluß der Eingabe heißt es: „Die Spitzenorganisationen erwarten vom Reichstag, daß er der Botschaft über die Regelung der Beamtenbesoldung vom 18. November/1. Dezember 1924 die Zustimmung versagt und eine Neuregelung vornimmt, die unter Berücksichtigung der vorgelegenen Gesichtspunkte die in der Juni-Regelung in Bezug auf die Beamten der unteren und mittleren Besoldungsgruppen enthaltenen Ungerechtigkeiten wieder beseitigt und den Anforderungen Rechnung trägt.“

Trendelenburg berichtet.

Am Donnerstagvormittag ist das Reichskabinett zu einer Sitzung zusammengetreten, um den Bericht des aus Paris zurückgekehrten Führers der deutschen Handelskommissionsdelegation, des Staatssekretärs Trendelenburg, über den Gang der Pariser Handelsvertragsverhandlungen entgegenzunehmen. Staatssekretär Trendelenburg entwarf in eingehenden Ausführungen den von der deutschen Delegation eingenommenen Standpunkt. Danach hat er von Anfang an in Paris die Ansicht vertreten, daß der der deutschen Delegation überreichte Entwurf eines Protokolls für die deutsch-französischen Handelsbeziehungen als solcher unannehmbar ist. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ließ er jedoch erkennen, daß dennoch die Verhandlungen fortgesetzt werden müßten.

Vertragloser Zustand mit Frankreich ab 11. Januar.

Berlin, 8. Januar. Die Sitzungen des Reichskabinetts, in der Staatssekretär Dr. Trendelenburg über den Gang der Pariser Handelsvertragsverhandlungen Bericht erstattete, dauerten bis 1 Uhr nachts. Wie verlautet, wird Dr. Trendelenburg heute früh nach Paris zurückreisen. Das Reichskabinett soll auf Grund seines Berichtes zur Ablehnung des von der französischen Regierung vorgeschlagenen provisorischen Handelsvertragsentwurfes gekommen sein. Durch diesen Beschluß sei die Tatsache gegeben, daß vom 11. Januar an gegenüber Frankreich in handelspolitischer Beziehung ein vertragloser Zustand eintrete und von beiden Seiten der autonome Zolltarif angewandt werde.

„Günstige finanzielle Entwicklung Deutschlands.“

Wie die Havas-Agentur meldet, hat der Generalagent für Deutschland am 5. Januar den alliierten Regierungen den üblichen Monatsbericht über die Lage in Deutschland zugehakt. Dem „Journal des Debats“ zufolge stellt der Bericht eine „günstige wirtschaftliche und finanzielle Weiterentwicklung“ Deutschlands fest, die erhoffen lasse, daß die vertraglichen Abrechnungen Deutschlands in voller Höhe geleistet werden können.

Die Affäre der polnischen Briefkästen in Danzig.

Berlin, 7. Jan. In Danzig waren vertragswidriger Weise rote polnische Briefkästen angebracht worden, die aber nachts schwarz und weiß demantelt wurden. Polen hatte infolgedessen eine Note an den Danziger Senat gerichtet, die Untersuchung und Bestrafung der Täter und strenge Anweisungen an die Sicherheitsorgane verlangte. Der Danziger Senat hat im Einverständnis mit allen deutschen Parteien den Inhalt dieser Note sofort zurückgewiesen unter Hinweis darauf, daß die an den Briefkästen angebrachten Kennzeichen keine Hoheitszeichen seien. Es handele sich lediglich um Sachbeschädigung in strafrechtlichem Sinne, die ihre Erledigung finden werde. Die Danziger Regierung weist darauf hin, daß die unlieblichen Vorkommnisse nicht hätten auftreten können, wenn die eigenmächtigen und vertragswidrigen Anbringen der polnischen Briefkästen unterblieben wäre.

...ung sowie
...Komman-
...nen Holz-
...ber Geseh-
...rt und be-
...stätt zu je
...Fabrikbe-
...ann Paul
...Laat Ge-
...riatsproto-
...mehreren
...standsmit-
...ten Probu-
...fionen, die
...den. Der
...le alleinig
...vertretende
...mlung be-
...dungen er-
...von der
...im Deut
...folgt zum
...H. Grün-
...er, Hedwig
...Fabrikbe-
...abrikbesitzer
...merzentrat
...Fabrik-
...kaufmann
...famliche
...sichtstrates
...in Ober-
...ue, Fabrik-
...direktor Emil
...eingereicht-
...bericht des
...an bei dem
...uch bei der
...orden:
...November
...Gesellschaft
...Umstellung
...bestehend
...Stück zu
...n, ermächtigt
...toll von er
...worden.
...nd Küchen-
...jeder Art
...teiferne
...geschirre.
...Auswahl
...e Preise.
...ubelt:
...I. Kinder-
...wannen.
...Blechwegner
...erstraße 27.
...edern!
...halbweiße
...e. 8. 11.
...e. 14.
...Nachnahme
...ome gestattet.
...en, Böhmen.
...Eiche
...Verkaufe
...ausgeboten.
...schmittags
...e Aue.